

US NATIONAL SECURITY STRATEGY- AMERICA FIRST FÜR DIE GANZE WELT

Jene, die immer wieder betonen, Donald Trump ist total unberechenbar, müssen von der im November vorgelegten National Security Strategy 2025 enttäuscht sein. Diese ist die logische Fortsetzung von Trump's „America's first“ Politik auf der internationalen Bühne, eine Leitlinie für die „konservative Revolution“ auf internationaler Ebene. Dieses Motto gilt für NATO- Verbündete genauso wie für mögliche Herausforderer. Richtig ist, dass Donald Trump seine Rhetorik oft der jeweiligen Zuhörerschaft anpasst. Aber seine Sicht der Welt und der daraus resultierenden politischen Prioritäten hat sich in wesentlichen Bereichen in Jahrzehnten oft nicht geändert.

Es geht also darum, die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in einer Welt, in der aufsteigende Mächte eine neue Herausforderung darstellen, auch in der nächsten Generation sicherzustellen. Diplomatie und Militär sollen, nach den Vorstellungen des Präsidenten, diesem Ziele dienen. Die US-Streitkräfte müssen die stärksten und technologisch fortgeschrittensten der Welt bleiben. Wenn es zu Kriegen kommt, müssen diese rasch und entscheidend gewonnen werden. Das Motto lautet „Friede durch Stärke“. Trump sieht sich als „Friedens- Präsident“. In diesem Sinne wird im Strategiepapier auf acht Konflikte verwiesen, die er in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit nach eigener Darstellung geregelt hat. Dass man in Friedenszeiten bessere Geschäfte machen kann als im Krieg, spielt dabei wohl auch eine Rolle. Die Kontrolle der Grenzen und des Einwanderungssystems müssen vollständig sein. Souveräne Länder sollen zusammenarbeiten, um Migrationsströme zu verhindern, die eine destabilisierende Wirkung haben könnten.

Weiter heißt es: „We want the world's strongest, most dynamic economy“. Diese ist die Grundlage der amerikanischen Lebensweise und der amerikanischen Stellung in der Welt. Darüber hinaus soll auch die „soft Power“ der USA dafür eingesetzt werden, Einfluss und Interessen des Landes in der Welt sicherzustellen.

Donald Trump will eine Außenpolitik, die die Realitäten der Welt zur Kenntnis nimmt. Diese Politik soll amerikanischen Interessen, nicht abstrakten Idealen oder irgendwelchen Ideologien gerecht werden. China wird nicht mehr als Feind dargestellt, sondern als ein Land, mit dem man verhandeln soll, weil das für beide Länder vorteilhafter ist. Es geht also um einen wirtschaftlichen Wettbewerb, nicht darum, Peking ein politisches System aufzuzwingen. Unter Berufung auf die Gründungsväter ist Vorsicht angebracht, was die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder betrifft. Niemandem soll ein System aufgezwungen werden, auch kein demokratisches, das den Traditionen eines Landes nicht entspricht. Das ist ein gewaltiger Unterschied zur Politik von Joe Biden, der die „Allianz der Demokratien“ im Kampf gegen die autoritären Regime in der Welt auf seine Fahnen geschrieben hatte. Diese Politik bedeutet aber auch, dass Fragen, die die amerikanischen Interessen nicht direkt berühren, vernachlässigt werden können.

Ein wesentlicher Teil des Trump- Realismus ist es, dass für ihn der Nationalstaat der grundlegende Akteur im internationalen Geschehen ist. Damit verbunden sind nationale Interessen und die nationale Souveränität. Ob die daraus gezogene Schlussfolgerung, dass dem „Wohl der Welt dann am besten gedient ist, wenn jede Nation ihre eigenen Interessen verfolgt“ darf hinterfragt werden.

Manche Aussagen der Security Strategy widerspiegeln traditionelle amerikanische Haltungen; andere Kernaussagen kennt man aus dem Wahlkampf für die erste Präsidentschaft. So hat sich John Fonte in seinem 2011 erschienenen Buch „Sovereignty or Submission-Will Americans rule Themselves or be ruled by Others?“ entschieden dagegen ausgesprochen, dass sich die USA internationalen Organisationen unterordnen, was der Haltung vieler Traditionalisten entspricht. Dass die US- Wirtschafts- und Handelspolitik darauf ausgerichtet sein soll, für amerikanische Arbeiter Arbeitsplätze zu schaffen, war ebenfalls schon ein zentrales Thema im Wahlkampf 2015. Jetzt werden die Verbündeten eingeladen, massiv aufzurüsten und es wird ihnen sehr deutlich nahegelegt, dies mit amerikanischen Waffensystemen zu tun.

Dass Donald Trump in die Geschichte eingehen will, zeigt sich auf jeder Seite seines Strategiepapiers. Schon in der Einleitung wird betont, dass er sein Land vor dem Abgrund gerettet hat. Jetzt stellt er stolz fest, dass die Souveränität des Landes durch die Kontrolle der Grenzen wiederhergestellt wurde und die „woke lunacy“ in den Streitkräften beendet worden ist. All diese Initiativen werden als historische Errungenschaften dargestellt. Ein weiteres Beispiel: Die Monroe- Doktrin, die die US- Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre sicherstellen soll, wird durch ein „Trump-Corollaty“ ergänzt. So wie Präsident Theodore Roosevelt seinerzeit Geschichte geschrieben hat, indem er die Monroe- Doktrin um das Interventionsrecht der USA ergänzte, soll jetzt die absolute Vorherrschaft der USA den Kampf gegen Drogenhändler und illegale Einwanderung ermöglichen.

Wesentliche in der „Strategy“ enthaltene Kapitel haben Diskussionen hervorgerufen. Etwas eigenartig ist, dass sich manche „überrascht“ ja „schockiert“ gezeigt haben, selbst bei Aussagen, die seit langem bekannt sein sollten. Hier rächt sich offensichtlich, dass Donald Trump von den Eliten in Brüssel und den europäischen Leitmedien ausschließlich durch die Brille der inneramerikanischen Opposition gesehen wurde und gesehen wird. Die New York Times hat sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, Trump rund um die Uhr zu kritisieren. Diese Kritik wurde von vielen Europäern übernommen. Selbst jemand, der nur versucht hat, den Geschäftsmann, der in die Politik eingestiegen ist, objektiv einzuordnen, wurde als „Trump- Verstehler“ negativ abgestempelt. Jetzt wird Europa dafür die Rechnung präsentiert. Für Trump ist die EU auf dem Abstellgleis.

Dass die derzeitige Administration in Washington Europa am absteigenden Ast sieht, hat Vizepräsident J.D. Vance schon bei der Sicherheitskonferenz 2025 in München zum Ausdruck gebracht. Dieser Abstieg, so das Strategiepapier, betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Zivilisation. Was die Wirtschaft betrifft, so wird angeführt, dass Europa vor einer Generation noch 25 % des Welt-BIP erzeugte, heute nur mehr 14 %. Die Gründe dafür seien die Reglementierungswut in Brüssel und die einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union. Dadurch wird die für eine wirtschaftliche Dynamik notwendige Kreativität erstickt. Insgesamt sieht Trump die Europäische Union wohl als das, was man einmal als „Völker -Kerker“ bezeichnet hat.

Trump erachtet vor allem auch die „westliche Zivilisation“ in Europa im Schwinden. Jetzt kann man natürlich lange darüber diskutieren, was das Wesen einer Zivilisation, die von „Plato bis zur NATO“ reicht, eigentlich ausmacht. Trump denkt offensichtlich an den jüdisch- christlichen Kern, der seines Erachtens im Schwinden begriffen ist. Weitgehend dafür verantwortlich macht er die unkontrollierte Einwanderungspolitik. Wenn festgestellt wird, dass man Europa in 20 Jahren kaum noch erkennen wird, sollte diese Politik fortgesetzt werden, sollte man dieser Feststellung nicht mit Polemik, sondern mit Statistiken begegnen. In den USA herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die „Weißen“, die vor zwei Generationen noch 85 % der Bevölkerung ausmachten, 2050 weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung zählen werden. Wenn man weiß, dass katholische Kinder heute in den Wiener Volksschulen nur mehr 25 % ausmachen, islamische Schüler hingegen 35 %; wenn man darüber hinaus die demographische Entwicklung extrapoliert und die weltweiten Wanderbewegungen berücksichtigt, kann man sich ausrechnen, wie die Zusammensetzung der Bevölkerung in einigen Generationen sein wird. Das gilt für alle Länder.

Tatsächlich haben sich Stadtviertel und Landstriche in vielen Ländern Europas bevölkerungsmäßig in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert. Aber die Feststellung, es handelt sich dabei um einen „Bevölkerungsaustausch“, kann sehr unterschiedlich beurteilt werden. Sprechen die einen von „faschistischen Äußerungen“, so begrüßt der Chef der französischen Linken, Jean-Luc Melançon, dass sich die von einer dekadenten Bourgeoisie beherrschte Gesellschaft endlich erneuert. Natürlich darf die Feststellung des Strategiepapiers bezweifelt werden, dass mit der vorgesehenen Politik „die Zeiten der Völkerwanderung vorbei sind“. Das gilt für Amerika genauso wie für Europa. Abgesehen von den unterschiedlichen politischen Haltungen zur Migration stellt sich in allen Industrieländern die Frage, wie weit die Wirtschaft eines Landes ohne Einwanderer, legal oder illegal, noch funktionieren kann.

Eine Tatsache hingegen ist, dass sich die Europäische Union, wie auch im Strategiepapier festgestellt, durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Russland- Politik selbst massiv geschwächt hat. Zunächst wurden die Russland- Sanktionen verhängt, um der von der Biden- Administration festgelegten anti-Russland -Politik zu folgen. Was auch immer die Auswirkungen auf Russland waren, die Europäer haben sich damit selbst sehr geschadet. Dass jetzt Exponenten der EU als Kriegstreiber auftreten, Donald Trump hingegen auf einen Frieden drängt und zwischen Brüssel und Moskau vermitteln will, kann wohl als „List der Geschichte“ betrachtet werden.

Sehr ernst sollte man die Feststellung des Strategiepapiers nehmen, dass die Meinungsfreiheit in der EU schwer beeinträchtigt ist. Ausgehend von der im Ukraine- Krieg verbreiteten Propaganda, dass es sich dabei um einen Kampf zwischen Moral und Unmoral, Demokratie und Diktatur handle, haben die europäischen Leitmedien jede divergierende Meinung untersagt. Die offizielle EU- Politik wurde nach dem Motto „Was nicht sein darf, auch nicht sein kann“ ausgerichtet. Diese Politik hat die Ukraine in der Zwischenzeit in existenzielle Bedrängnis gebracht, aber an der offiziellen Propaganda darf weiter nicht gerüttelt werden. Vielmehr präsentiert man den Verkauf von 100 französischen Rafale- Kampfflugzeugen an die Ukraine als Wunderwaffe, obwohl es weder die Flugzeuge, noch die Piloten, noch das dafür notwendige Geld gibt.

Für Washington wiederum wird es nur schwer möglich sein, die neue Sicherheitsstrategie in ihrer vollen Radikalität umzusetzen. Amerika neu aufzustellen ist das eine, andere Länder, wie etwa China, an ihrem weiteren Aufstieg einzugrenzen, das andere. Außerdem hat man bei den Kriegen der letzten Jahrzehnte sehr deutlich gesehen, dass der Einsatz militärischer Macht bei weitem nicht immer die gewünschten Erfolge bringt.

Somit kann man insgesamt wohl eines sagen: Donald Trump ist nicht unser Daddy und die USA sind nicht unsere Mama. Man sollte nicht, wie die Regierungschefs einiger großer europäischer Länder oder wie der NATO- Generalsekretär, von einem Extrem ins andere fallen. Man sollte vielmehr die in der amerikanischen Verteidigungsstrategie festgelegten Richtlinien sehr ernst nehmen, sich aber durchaus der Tatsache bewusst sein, dass es darin vor allem um amerikanische Interessen geht. Aufgrund dieser Erkenntnis könnten die Europäer dann festlegen, welche europäischen Interessen im Rahmen einer neuen transatlantischen Partnerschaft verwirklicht werden sollen.

()Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
www.wendelinettmayer.at*